

Keine Teilnahme der Sowjets an den Friedensverhandlungen.

Russland meldet aus Moskau indirekt: Der Sowjetkongress hat die Einladung der Alliierten zu den Friedensverhandlungen nicht angenommen. Es werden Verhandlungen nur von Proletariat zu Proletariat verlangt.

Bolschewistische Mobilisierung.

Holl Nieuws Bureau meldet aus London: Der drahtlose englische Dienst berichtet: Die bolschewistische Regierung hat den Beschluss gefaßt, daß alle Zöglinge der Territorialarmee vom 29. bis 45 Lebensjahr in Petersburg und den anderen Distrikten unter die Fähnen gerufen werden. Dieser Beschluss wird die Friedenskonferenz gewiß nicht im unklaren darüber lassen, daß die Sowjetregierung bereit ist, den Krieg auf allen Fronten aufrechtzuerhalten, so lange die Westrevolution noch nicht ausgebrochen ist.

Weitere deutsche Maßnahmen gegen die Bolschewisten.

Der deutsche Grenzschutz wurde auch auf die preußischen Küstenstädte ausgedehnt. Vor Tag und Nacht im Rigalichen Meerbusen sind am Sonntag bolschewistische Kriegsschiffe eingetroffen. — Auf Veranlassung der Reichsregierung wurde im Berliner Polizeipräsidium eine neue Abteilung zur Bekämpfung bolschewistischer Verbrechen im Reichsgebiet eingerichtet. — Für den deutschen Grenzschutz im Osten wurde ein drittes Armeekorps aufgestellt.

Schlesien auch von Polen bedroht.

Die Polen haben gestern die Bahnlinie Bojanow-Rawitsch angegriffen, so daß der Zugverkehr zwischen Breslau und Bissia nicht aufrechterhalten werden kann. Die Strecke Bojanow-Rawitsch ist unterbrochen. Bei Wiesenvrode haben die Polen die Bahnlinie gesprengt. Der deutsche Gegenangriff ist sofort eingeleitet und die gesprengte Strecke wieder hergestellt worden. Aus Bissia hat ein Panzerzug in den Kampf eingegangen, der sehr schwer ist. Schlesien ist nun also auch von Norden bedroht. An der oberschlesischen Grenze stehen mehrere Tausend Polen zum Einmarsch in Schlesien bereit. Sie warten nur auf den rechten Augenblick zu einem Putsch, den sie sorgfältig vorbereitet haben.

Die deutsche Stadt Rawitsch von den Polen angegriffen.

Wie die Pressestelle des Volksrates Breslau mitteilt, haben die polnischen Truppen in Stärke von etwa 1000 Mann in der Nacht zum Mittwoch gegen 1 Uhr die deutsche Stadt Rawitsch im Halbkreis angegriffen. Die polnischen Truppen kämpften mit großer Entfernung. Die Rawitscher Bürgerwehr hat im Verein mit der etwa 500 Mann starken Besatzung den Feind nach blutigen Kämpfen morgens gegen 6 Uhr zurückgeschlagen. Aus beiden Seiten sind Verluste an Toten und Verwundeten zu verzeichnen. Die Lage ist sehr ernst.

Die Unstimmigkeiten in Spa.

Die neueste Summung, die die Vertreter des Generals Koch an unsere Unterhändler stellen, ist so ungeheuerlich, daß es darüber zu einem Konflikt gekommen ist. Unsere Gegner verlangen jetzt, daß die deutsche Regierung in kürzester Frist alle während des Krieges in Deutschland unter Zwangsverwaltung gestellten feindlichen Vermögenswerte herausgibt, ohne daß über die Zukunft der weit erheblicheren Vermögensabschläge in feindlichen Händen auch nur eine Diskussion zugelassen wird. Um die Ungeheuerlichkeit dieser Forderung zu verstehen, muß man sich aber den Ursprung dieser Frage ins Gedächtnis rufen.

Gleich nach Kriegsausbruch behielt England und Frankreich den Krieg aus gegen Rechte und Privatbesitz der deutschen Privatpersonen, um durch rücksichtloses Vorgehen gegenüber allen ihnen erreichten deutschen Vermögenswerten uns so schwer wie möglich zu schädigen. Alle deutschen gewerblichen Niederlassungen, insbesondere die deutschen Bananen im feindlichen Auslande, wurden unter Staatsaufsicht gestellt und liquidiert, wobei es vielfach zu schweren Verlusten für die Bevölkerung kam. Diesem Vorgehen konnte Deutschland selbstverständlich nicht ruhig zusehen; es mußte durch Verhandlungsmäßigkeit in den Feinden die Rücklösung ihrer eigenen Politik fühlbar gemacht werden. Es wurden daher die innerhalb Deutschlands ansässigen Unternehmen, welche vom feindlichen Auslande aus geleitet oder beansprucht wurden, oder deren Ergebnisse dort hinfließen, unter Staatsaufsicht gestellt und später liquidiert. Dabei wurde im Gegensatz zu dem Vorgehen unserer Gegner der Grundsatz durchgeführt, möglichst hohe Entgelte aus dem Verkauf zu erzielen, um bei der späteren Aufrechnung durch den Friedensvertrag Kompensationen in möglichst großem Umlange in Händen zu haben. Auf diese Weise versügt Deutschland jetzt über sehr beträchtliche Summen, die demnach wenigstens eine beschränkte Gewähr dafür bieten, daß die deutschen Besitzer im feindlichen Auslande liquidierte Unternehmen keinen allzu großen Schaden erleiden.

Die Summen soll nun Deutschland sofort ausliefern, ohne daß auch nur irgendwelche Aussage über die Herausgabe der deutschen Werte gemacht wird. Das Ziel dieser Forderung ist ja ohne weiteres klar, es soll gar keine Kompensation der aus den liquidierten Unternehmen erzielten Summen stattfinden, sondern wir sollen die in unserem Besitz befindlichen ausliefern, während England und Frankreich unsere Werte behält und auf die Kriegsentschädigung verzerrnet. Es ist wohl nun mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die deutsche Regierung nicht nachgeben wird. Unbedingt aber

muß die Nationalversammlung sich der Frage sofort annehmen. Sie muß durch eine mächtige Rundgebung unserer Gegner zum Bewußtsein bringen, daß jetzt eine deutsche Volksvertretung vorhanden ist, die die Rechte unseres Volkes wahren wird.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung von unterrichteter Seite hört, ist die dem französischen Blatt Echo de Paris entnommene Meldung über eine Verwiegung des Patrios für Mitglieder einer französischen Kommission nicht zutreffend. Dies beruft jedoch nicht den Standpunkt, den die deutsche Reichsregierung in der Frage des feindlichen Vermögens in Deutschland und der Herausgabe deutschen Vermögens in Feindland gestern dargelegt hat. Im Zusammenhang damit ist immer wieder zu betonen, daß von feindlicher Seite zuerst am 27. Januar 1916 eine Verordnung gegen deutsche Vermögen in Feindland erschien, und daß die deutsche Gegenmaßnahme erst ein halbes Jahr später am 31. Juli 1916 erfolgte.

Kleine politische Meldungen.

Keine Milderung der Friedensbedingungen. Infolge einiger in der alliierten Presse erschienenen Urteile scheint die Meinung aufgetreten zu sein, daß die britischen Delegierten ihre Forderungen bezüglich der von Deutschland und Österreich-Ungarn zu leistenden vollen Schadensergütigung gemildert haben. Von wohlunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß nicht der mindeste Unterschied zu einer solchen Aussicht besteht. Die englische Regierung steht noch immer auf demselben Standpunkt, und es ist so gut wie sicher, daß die Friedenskonferenz die Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen anerkennen wird.

Die Einführung der Reichseisenbahnen. Es mehren sich die Anzeichen, daß der Gedanke der Reichseisenbahnen in Bayern und Württemberg auf Schwierigkeiten stößt. Wenn die Durchführung dieses Gedankens an den süddeutschen Staaten scheitert, dann wird auch Sachsen, das bisher seinen Eisenbahnen die Hauptentnahmen verdankte, es sich überlegen, ob es seine Bahnen herausgeben soll, und dann würde die Herausgabe nicht an das Reich erfolgen, sondern auf eine solche an Preußen hinauslaufen.

Ein Protest gegen die Vergewaltigung der Presse. Der Verein Berliner Presse hat an die deutsche Nationalversammlung in Weimar eine Entschließung gefaßt, wo schärfster Protest erhoben wird gegen die zahlreichen Vergewaltigungen und Drangsalierungen der Presse. Er richtet an die deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, darauf hinzuwirken zu wollen, daß diesem unerträglichen und unwürdigen Zustande ungesäumt ein Ende gemacht wird.

Gegen den Arbeitermangel auf dem Lande. Das Demobilisationsamt hat einen Entwurf ausgearbeitet, durch dessen Bestimmungen dem Arbeitermangel auf dem Lande abgeholfen werden soll. Dieser Entwurf ist gestern den Volksbeauftragten zugegangen. Er enthält nichts über die Entziehung der Lebensmittelrationen. Alle in dieser Beziehung aufgetauchten Nachrichten sind hinfällig.

Von Stadt und Land.

Neus, 6. Februar.

Spartakistische Treibereien in Leipzig.

Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat hat an die Reichsregierung folgenden telegraphischen Protest gesandt:

Der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat protestiert gegen die Gewaltmaßnahmen, die die Reichsregierung gegen die Bremer Revolutionäre unternommen hat und gegen die Absicht, sie auch gegen andere Städte noch anzuwenden. Sie führt damit den Bürgerkrieg in Deutschland herbei und zeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Gründungsakte der Revolution zu erhalten. Sie hat damit ihr Urteil über sich selbst geprüft. Fünf Versammlungen am 3. Februar in Leipzig haben sich diesem Protest angeschlossen und versprochen, sich mit den Revolutionären in den andern Städten solidarisch zu erklären.

Auf dem Augustusplatz in Leipzig kam es gestern vormittag zu einer Demonstration von Arbeitslosen, die verschiedene sehr weitgehende Forderungen aufstellten, die dem Oberbürgermeister unterbreitet werden sollten. Ein etwa 1000 Personen starker Zug der Demonstranten bewegte sich dann zum Rathaus, wo von einem Redner der Spartakusgruppe die Bewaffnung der Arbeiterschaft und Bildung einer Roten Garde gefordert wurde. Eine Aufruhrung zum gewaltamen Vorgehen gegen die Bürgerschaft durch Festnahme angehöriger Bürger als Geiseln wurde befällig aufgenommen. Dann drang eine große Anzahl von Demonstranten in das Rathaus ein, denen gegenüber ein Stadtrat die Bereitwilligkeit des Rates erklärte, die Forderungen der Arbeitslosen an die Regierung weiterzugeben. Die Absicht des Oberbürgermeisters, an die Demonstranten eine Ansprache zu richten, wurde durch den herrschenden Lärm und Tumult unmöglich gemacht. Schließlich gelang es einem Führer der Unabhängigen, die Menge zum Verlassen des Rathauses zu bewegen.

Zuspaltung der Wendenseite in der Oberlausitz.

Aus Bautzen wird geschrieben: Die Proklamation des selbstständigen Wendestaates in der Oberlausitz hat unter den Arbeitern und Soldaten der ländlichen wie der preußischen Oberlausitz heftigen Widerspruch hervorgerufen. Die wendischen Arbeiter erklärt sich solidarisch mit den deutschen und betonten, daß sie die Gewalt die Bildung eines Wendestaates verhindern wollten. Dem wendischen Volke droht die Verachtung, wenn es sich nicht baldigt vom wendischen Nationalausstand losagt. Auch das Prager Blatt Narodni Politika droht mit Waffengewalt, freilich mit Waffengewalt gegen die Deutschen. In einem Bericht aus der wendischen Vereinigung Adolf Cerny in Prag heißt es: Die Deutschen machen bis jetzt der oberen Wendebewegung Schwierigkeiten, bezeichnen sie als Hochverrat und drohen mit Kerker und Strafen. Die Wenden haben bis jetzt noch kein Nationaltheater, um sich zu verteidigen. Deswegen da die Deutschen noch immer die wendischen Staatsangehörigen im deutschen Heere zu halten, aber bald wird die Zeit kommen, wo die Wenden ihre Söhne unter eigene Fahnen rufen werden, dann werden sie sich ihren Staat schon selbst schaffen.

* * *

2. Die Ortsgruppe Aue und Umgegend des Volksbundes zum Schutz deutscher Kriegs- und Flügelgefangenes landet am 6. Februar bei Zusammentreffen der Nationalversammlung in Weimar ein Telegramm folgenden Inhaltes:

Je länger unsere Kriegsgefangenen zurückgehalten werden, desto stärker leidet sie unter körperlicher und seelischer Belastung. Die erste und vornehmste Aufgabe der Nationalversammlung muß es daher sein, mit allen Mitteln bei unseren Feinden auf die bedingungslose und sofortige Rückgabe sämtlicher Kriegsgefangenen zu dringen; keinen Frieden, keinen Böllerbund, bevor nicht die unbedingte Zusage sofortiger Rückgabe gewährleistet wird.

Ortsgruppe Aue und Umgegend des Volksbundes zum Schutz deutscher Kriegsgefangener.
Paul Krechmar.

Arbeiterkammern in Sachsen. Das sächsische Arbeitsministerium plant die Ausarbeitung einer Vorlage über die Bildung von Arbeiterkammern in Sachsen. Der angekündigte Reichsgesetzentwurf über Arbeiterkammern sieht solche nur vor für die Schweizer Industrie und den Bergbau, die für Sachsen von geringerer Bedeutung sind. Es sollen daher in Sachsen reine Arbeiterkammern ins Leben gerufen werden, und zwar für jede der fünf Kreishauptmannschaften eine, sodass die neuen Arbeiterkammern den Handels- und Gewerbevereinen zur Seite treten würden.

Stellenlose Angestellte. Das Gesetz über die Wiederanstellung der Angestellten bindet die Verpflichtung der Firma an die rechtzeitige Meldung der Angestellten. Die Wiederanstellungsverpflichtung erlischt, wenn die Angestellten sich nicht binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihrem früheren Arbeitgeber gemeldet haben. Diese Frist läuft am Freitag, den 7. Februar, ab. Es ist darum unbedingt erforderlich, daß sich jeder bereits vom Heeresdienst entlassene stellenlose Angestellte mündlich oder schriftlich bei der Firma meldet, bei welcher er bei Ausbruch des Krieges beschäftigt war. Ist diese Firma erloschen, dann kommt für diese Verpflichtung die Stelle in Betracht, von der aus der Angestellte zum Heeresdienst eingezogen worden ist.

Die Truppenübungs- und Flugplätze für die Landwirtschaft verfügbare. Wie W. S. L. aus dem Ministerium für Militärwesen erhält, sind bereits umfangreiche Vorlehrungen getroffen worden, um nicht nur die großen Flugplätze, sondern auch erhebliche Teile der Exerzier- und Übungsplätze in Sachsen den Landwirten zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise werden viele tausend Hektar Ackerland und Wiese für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar gemacht. Die Verhandlungen über die Zubarmachung dieser Flächen sind nur zwischen den Beteiligten und den zuständigen Generalstabskommandos zu führen. Eingriffe der Justizinstanzen, auch von Soldatenräten, würden das notwendige schnelle Fortschreiten der Umwandlung von brauchbarem Land nur stören.

Keine Kürzung der Brotration. Beim sächsischen Lebensmittelamt ist von einer Kürzung der Brotration noch nichts bekannt. Dahingehende Befürchtungen sind also vorläufig unbegründet. Was dem Vorläufig aber folgen wird, wollen wir abwarten.

Lebensmittel für Freitag, den 7. Februar: Haferlocken und Kef.

Neue Verlustliste. Die Verlustliste Nr. 578 der Sächsischen Armee ist erschienen und kann in der Geschäftsstelle des Auer Tageblatts eingesehen werden.

7. Betrag zur Erlangung von Lebensmittelpaketen. In letzter Zeit ist wiederholt versucht worden, im sächsischen Grundgesetzesamt unter Vorlegung gefälschter Urlaubsscheine Lebensmittelpakete zu erhalten. Es wird darauf hingewiesen, daß die Beamten alle ihnen vorgelegte Unterlagen eingehend prüfen und jeden sich ergebenden Verdacht der Polizeibehörde zur weiteren Verfolgung anzeigen. Betrug und Urkundensfälschung sind Vergehen, die mit unachlässlicher Strenge verfolgt und bestraft werden. Schon der Betrug versucht ist strafbar.

Wettbewerbsgewinne. Bei der gestrigenziehung der Sächsischen Lotterie sind folgende größere Gewinne gezogen worden: Gewinne zu 1000 Mark: 25875 35917 85290 37811 41467 48884 53178 53938 56767 62470 68078 69150 75589 27445 109568. Gewinne zu 2000 Mark: 10449 17948 31108 50018 51545 71877 88508 98813. Gewinne zu 3000 Mark: 20561 22576 28022 26887 38189 54904. Gewinne zu 5000 Mark: 101212.

Sächsischer Protest gegen das Arbeitszwangsgesetz. Das sächsische Arbeitsministerium hat gegen das Arbeitszwangsgesetz in der ihm unterbreitetem Gehalt Protest erhoben. Ebenso wendet es sich gegen die Absicht, von Reichs wegen einer veränderten Organisation der Arbeitsschaffnisse zu verfügen.

Heimkehr sächsischer Truppen. Dem Generalstabskommando XIX ist nachstehendes Telegramm aus Erfurth zugegangen: Das 1. Bataillon des Landw.-Inf.-Regiments 107 ist nach guter Fahrt auf deutschem Gebiete eingetroffen.

Aushebung der Beschlagsnahme bei den Wihändern. Mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse hat die Reichskellerei, die Beschlagsnahme der im Besitz von Wihändern, Trödern, Tandern, Monatsgärtnerhändlern und Handelslern befindlichen gebrauchten Kleidungs- und Wäsche wieder aufheben können. Eine entgegengesetzte Verkürzung ist aber nach wie vor nur an die behördlich zugelassenen Personen und Stellen gestattet, ein Verkauf selbst gegen Bezugsschein an die Verbraucher bleibt also verboten und strafbar.

W.-M. verbotene Viehbeschläfungen. Noch immer gehen ständige Klagen über umfangreiche Schlachtungen von noch brauchbaren Pferden ein, die zum größten Teil aus den Heeresbeständen stammen und auf Umwegen an Viehbeschläfger gelangen. Es wird deshalb nochmals besonders auf die einschlägigen Verordnungen hingewiesen. Hier nach dürfen nur solche Personen Viehbeschläfgen, die besondere Erlaubnis hierzu haben. Die für die Fleischbeschaffung verpflichteten Tierärzte sind verpflichtet, bei der Belebigung des lebenden Viehes festzustellen, ob das zur Schlachtung angemeldete Tier tatsächlich nur noch Schlachtwert besitzt, und die Schlachtung von Viehen, die noch Ruhwert haben, zu verbieten. Das Ergebnis der Untersuchung ist von ihnen sowohl vor als nach der Schlachtung in das von dem Viehbeschläfger vorzulegende Schlachtbuch einzutragen. Das Schlachten von Viehen, die nach der Feststellung des Tierarztes noch Ruhwert haben, sowie das Schlachten durch Personen, die hierzu keine Erlaubnis haben, wird unachlässlich zur Anzeige gebracht werden.

Üstern abend verschied plötzlich und unerwartet meine
herzenagute Tochter und liebe Schwester

Jungfrau Elisabeth Frieda Seidel

Im blühenden Alter von 20 Jahren.

In tiefer Trauer
Goethardt Seidel und Tochter Ella
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung erfolgt Sonnabend, den 8. Februar, mittag
1 Uhr vom Trauerhause, Auerhammer 8 p., aus.

Gestern vormittag 1/10 Uhr verschied nach schwerem Leid
unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater und Bruder

Aug. Stiehler

im 77. Lebensjahre. Schmerzerfüllt zeigen dies an

Ernst Stiehler und Frau
nebst Hinterbliebenen.

Aue, New-York, den 6. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag mittag 1 Uhr vom Trauer-
hause, Pfarrstraße 8, aus statt.

Habe meine Sprechstunden
wieder aufgenommen.

— Fernruf 577. —

Wochentage von 9 bis 1 Uhr, 3 bis 6 Uhr.
Sonntags von 9 bis 12 Uhr.

Dentist Pöpel.

Die Homöopath. Abteilung

von

Kuntze-Apotheke

bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung

Wegen Aufgabe d. Geschäfts

verkaufe ich meine

Ladeneinrichtung mit sämtl. Warenlager

in Schlipsen, Herrenleinenwäsche, Spitzen,
Seldensändern, Seide, Portemonnaies
und vieles andere mehr.

Angebote erbeten unter A. T. 914* an die
Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Zu verkaufen

Größere Anzahl verschiedenster, echter, tabelllos erhalten.

Lineol - Soldaten

verschiedenster Gattung. Städtl. Albertstr. 7, I.

Klaren Koks (Flugasche),

zum Streden d. Kohlen gut geeignet, gibt ab 1 Zir. 1 Ml.,
Wlh. Dietel's Bildhauerel., Aue, am Güterbahnhof.

Ein gesundes, kräftiges

Pferd,

145 cm hoch, ist zu verkaufen.

C. Th. Landmann, Lauter i. So.

Bermög. Geschäftsmann will sich

Stoff-Geschäft zu kaufen

oder ich daran zu beteiligen.

Angeb. erb. unter C. N. 265 an Haasenstein & Vogler, Chemnitz.

Laden

für besseres Kolonialw.-Gesch. In bester Lage, Nähe
Markt oder Werk bewor., zu mieten od. Grundstück
zu kaufen gefordert. Angebote erbeten unter B.N. 264
an Haasenstein & Vogler, Chemnitz.

Barterwohnung

mit kleiner an-

für 1. April 1919 oder früher zu mieten gefordert.

Angebote unter A. T. 929 an d. Auer Tageblatt, zu ver. Dittes, Blechmarkt 12.



Riege Eichenkrantz

d. Vereins Turnerschaft v. 1878

zu Aue.

Freitag, den 7. Februar 1919, abends 1/2 Uhr

Versammlung im Schützenhaus.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Apollo-Lichtspiele.

Telefon 551.

Heute Donnerstag, den 6. Febr.

Erstmalige Aufführung des großen Filmwerkes

Der Weg, der zur Verdammnis führt.

1. Teil, betitelt:

„Das Schicksal der Aenne Wolter“.

Die Tragödie eines unerfahrenen jungen
Mädchen in der Fremde.

»Die entführte kleine, weisse Sklavin.«

Ein Mahnwort an alle
Mütter, schützt eure
Töchter!

Ziebg. in Dresden am 12., 13., 14., 15., 16. u. 17. Mai 1919

Neunte

Geld-Lotterie

des Landesausschusses d. Vereine v.
Roten Kreuz

in Sachsen.

14207 Geldgewinne und
1 Prämie ohne Abzug zus.

250,000 M.

Davon Höchstgewinn im günstigsten Falle

100,000 M.

1 Prämie zu	75,000 M.
1. Hauptgewinn	25,000 M.
2. Hauptgewinn	15,000 M.
3. Hauptgewinn	10,000 M.
4. Hauptgewinn	5,000 M.

1 Gew. zu 3000 M.=3000 M. 50 Gew. zu 100 M.=5000 M.

2 Gew. zu 2000 M.=4000 M. 100 Gew. zu 50 M.=5000 M.

5 Gew. zu 1000 M.=5000 M. 500 Gew. zu 20 M.=10000 M.

10 Gew. zu 500 M.=5000 M. 1500 Gew. zu 10 M.=15000 M.

10 Gew. zu 300 M.=3000 M. 12000 Gew. zu 5 M.=60000 M.

25 Gew. zu 200 M.=5000 M.

Der zuletzt gezogene Gewinn erh. d. Prämie v. 75000 M.

Bestellungen auf Abschnitt einer Postanweisung bis 5 M.

nur 15 Pf. Postgeld und sicherer als einfacher Brief.

Losversand auf Wunsch auch unter Nachnahme.

Rot-Kreuz-Lose zu 3 Mk. Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45 Pf. mehr,

Nachnahme 35 Pf. teurer,

sind zu beziehen durch

die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes in Aue.

Postgeld u. Liste 45